

----- Original Message -----

From: [Werner Fischer](#)

To: [Krueger, Christine](#)

Sent: Saturday, March 10, 2007 1:58 PM

Subject: Re: Fischer werner - bürgernahe Demokratie

Sehr geehrte Frau Krüger,

vielen Dank für Ihre Antwort. Die Ablehnung meiner Petition geht formell gesehen völlig in Ordnung. Leider gab es schon einen Bürger, der Ende 2005 eine Petition zu diesem Thema eingereicht hat. Das gültige Petitionsrecht läßt es leider zu, ein unliebsames Thema durch eine frühzeitig eingebrachte Petition und die "Geschwindigkeit" der Bearbeitung praktisch die gesamte Legislaturperiode zu "sperrern" - hier sollte eine bessere Lösung gefunden werden. Um Missverständnissen vorzubeugen, eine Blockade war in meinem Fall sicher nicht beabsichtigt.

Mir ist klar, dass mein Vorschlag innerhalb der UNION auf wenig Gegenliebe stößt – es überwiegt Skepsis. Ich halte diese aber - im Gegensatz zu Ihnen - nicht für gut begründet, weil Sie allein die Gefahren und Risiken sehen, und nicht ein einziges Mal die Chancen erwähnen, die ein solches Verfahren beinhaltet. Die ablehnende Haltung sitzt anscheinend tief; eine Diskussion zu diesem Thema ist nicht gewünscht. Gerade konservative Staaten wie die Schweiz oder Bayern leben aber seit Jahrzehnten mit dieser Form der Bürgerbeteiligung - und das sehr erfolgreich.

Enttäuscht bin ich vor allem deshalb, weil Sie mit keinem Wort auf Details meines Vorschlags eingegangen sind. Es würde mich nicht wundern, wenn Sie diesen überhaupt nicht gelesen haben. Auch auf meine Fragen sind Sie mit keinem Wort eingegangen. Ein Freund sagte zu mir: Was kann man von Politikern schon erwarten - die reden viel, sagen damit aber nichts und tun sowieso, was sie wollen. Hat er recht?

Hätten Sie bestimmte Sachverhalte konkret kritisiert, könnten wir Argumente dafür und dagegen austauschen - diese Chance geben Sie mir nicht - Sie werden wissen, warum! Hat die UNION denn Angst vor den eigenen Bürgern - sie nennt sich doch gern Volkspartei?

Ich habe unten noch einige Anmerkungen zu Ihrer E-Mail ([in blau](#)) eingefügt.

Es grüßt Sie (ein enttäuschter Bürger)

Werner Fischer

----- Original Message -----

From: "Krueger, Christine" <Christine.Krueger@cducsu.de>

To: "Werner Fischer" <werner.fischer@unabhaengige-kandidaten.de>

Sent: Thursday, March 08, 2007 2:20 PM

Subject: Fischer werner - bürgernahe Demokratie

Sehr geehrter Herr Fischer,

Vielen Dank für Ihre Email an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Für die Bearbeitung von Petitionen ist der Petitionsausschuss zuständig, daher kann ich zur Entscheidung des Petitionsausschusses die von Ihnen eingereichte Petition nicht zu behandeln, keine Beurteilung abgeben.

Auf bundespolitischer Ebene ist nach Artikel 29 des Grundgesetzes bei einer Neugliederung des Bundesgebiets ein Volksentscheid zur Bestätigung nötig (z. B. Grenzveränderungen eines Bundeslandes), sowie nach Artikel 146 des Grundgesetzes zur Verfassungsablösung. ([Das steht so im GG, ist mir bekannt - danke](#)) Darüber hinaus sind Plebiszite auf Bundesebene nicht vorgesehen. Die Unionsfraktion ist im Blick auf Plebiszite auf Bundesebene sehr skeptisch.

Die Skepsis der CDU/CSU plebiszitärer Elemente auf Bundesebene einzuführen ist auch gut begründet, weil

* Plebiszite auf Bundesebene den Zentralismus stärken (Instrumente der direkten Demokratie auf Kommunal- und Landesebene haben sich bewährt, sie lassen sich aber nicht auf die viel komplexeren Entscheidungen auf Bundesebene "hochzurren"), ([Es kommt immer darauf an, wie Volksinitiativen und](#)

Volksentscheide ausgestaltet werden. Wer sich aber dieser Diskussion verweigert, verliert sein Mitspracherecht und darf sich nicht wundern, wenn dann andere Vorschläge eine Mehrheit finden. Mein Vorschlag stößt gerade bei "linkslastigen" Bürgern auf wenig Zustimmung, da ihnen die Hürden zu hoch sind und z. B. eine Eintragung auf den Meldeämtern total abgelehnt wird.)

* Plebiszite auf Bundesebene tendenziell die - kampagnefähigen - Organisationen weiter stärken (das Ziel von mehr direkter Beteiligung des Einzelnen wird eben nicht erreicht), (Ist das Ihr Bild vom "mündigen Bürger"? Ich verstehe zwar Ihre Befürchtungen und teile sie in gewisser Weise, doch durch entsprechende Verfahrensabläufe kann dieses Problem erfolgreich eingedämmt werden.)

* bei Volksentscheiden auf die Kompromissfindungsmöglichkeit des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens im Plenum und den Ausschüssen verzichtet wird (ein "Volksgesetz" steht von Beginn an unveränderbar zur Ja-Nein-Abstimmung, während ein parlamentarisches Gesetz während der Beratungen fortgeschrieben und verbessert werden kann), (Sie haben meinen Vorschlag tatsächlich nicht gelesen!)

* die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat nach der Wiedervereinigung die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie bis heute unwiderlegbar bestätigt hat (Jede "Firma" wird - zumindest nach außen - die Vorzüge ihres Produkts selbstverständlich loben. Alle Parteien haben darin ja ausreichend Erfahrung)

Die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland, die repräsentative Demokratie, besitzt ein hohes Maß an politischer Stabilität. Das starke außenpolitische Gewicht Deutschlands erfordert Berechenbarkeit, Handlungsfähigkeit und klare Verantwortlichkeiten. Die Anfälligkeit der Bürger für Stimmungsmache würde durch Volksabstimmungen erhöht. Das Abstimmungsergebnis wäre unberechenbar. Sachplebiszitäre Entscheidungsverfahren sind keine geeigneten Instrumentarien, um den demokratischen Verfassungsstaat effizienter zu gestalten. Die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit stellt sich dann nicht mehr. (Doch, gerade diese Frage wird sich dann wieder stellen. Ist ein Abgeordneter Vertreter der Partei oder des Volkes? Wessen Interessen hat er bei Abstimmungen zu beachten? Und wofür ist der Bürger verantwortlich? Derzeit nur dafür, alle 4 Jahre ein Kreuz auf einem Stimmzettel zu machen. Die zukünftigen "Volksvertreter" stehen aber aufgrund der Parteilisten bereits weitgehend fest - es geht nur um ein paar Sitze mehr oder weniger - was aber für die jeweilige Partei entscheidend ist. Der Bürger hat weder diese Koalition gewählt, noch 19% MwSt oder die Rente mit 67! Und keine Partei hat vor der Wahl die Wahrheit über die Staatsfinanzen, das Geburtendefizit usw. gesagt!

Bei einem Referendum besteht nun einmal die Gefahr, dass über alles abgestimmt wird (z.B. aktuelle Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik), nur nicht über das eigentliche Thema. Die repräsentative Demokratie beruht darauf, dass die Politiker verantwortlich handeln und nicht ihre Entscheidungskompetenz in Krisenzeiten an das Volk delegieren. (Wer muss denn die Fehler der Politik am Ende ausbaden - die Abgeordneten, die ein Gesetz beschlossen haben oder die Bürger? Deutschland wird doch von einer "Kaste" geführt, die aus wenigen indirekt gewählten Politikern und vielen nicht gewählten Experten und Kommissionen besteht) Die parlamentarische Demokratie ist ein lernendes Verfahren. Die Reduzierung der Entscheidungsfragen unserer hochkomplexen und pluralistischen Gesellschaft auf referendumsfähige Ja-Nein Alternativen und der Wegfall des auf Verbesserung und Interessenausgleich angelegten Gesetzgebungsverfahrens im Zusammenspiel von Bundestag, Bundesrat und ihren Ausschüssen verringert die Rationalität der Entscheidungsfindung und die Kompromissfähigkeit unserer Demokratie. Zu bedenken ist die Warnung, Plebiszite könnten zur "Prämie für Demagogen" (Th. Heuss) werden.

Plebiszitäre Entscheidungsverfahren stärken außerdem nicht notwendigerweise den tatsächlichen Einfluss des einzelnen Bürgers auf die Politik oder dessen individuelle Freiheit. Sie erhöhen dagegen die Durchsetzungschance engagierter Minderheiten gegenüber den in ihren Interessen und Zeitdisposition andere Prioritäten setzenden Normalbürgern ("schweigende Mehrheit"). Und sie steigern die Macht der Parteien und Verbände, die über die Mittel zur Führung von Referendums-Kampagnen verfügen, sowie die Macht der im Meinungskampf vor den Referenden bedeutsamen Medien. Finanzkräftige Eiferer am Rande des politischen Spektrums bekämen eine Plattform geboten, die sie bisher nie hatten. Sie könnten im Anschluss an eine Referendumskampagne zur EU-Verfassung auch bei anderen Themen Fuß fassen. Eine reine Nein-Kampagne lässt sich besser organisieren und finanzieren als ein Wahlkampf mit vielfältigem Parteiprogramm.

Verfahren direktdemokratischer Bürgerbeteiligung haben sich auf der für den Bürger überschaubaren kommunalen und Landesebene bewährt und sind dort auszubauen. Sie eignen sich nicht für die komplexen Verhältnisse auf der Bundes- und der europäischen Ebene und sind dort abzulehnen. Erinnerungen an die antike Polis-Demokratie, Erfahrungen in europäischen Mittelstaaten oder in den Ländern im Bundesstaat können nicht auf im internationalen Verbund agierende moderne Flächenstaaten übertragen werden. (Aus jedem dieser Sätze spricht eine tief sitzende Abwehr- und Ablehnungshaltung. All das sind pure Behauptungen, zu der ich jetzt einfach eine Gegenthese aufstellen könnte. Doch eine vernünftige Diskussion ist so nicht zu führen. Eine Diskussion kommt nur dann zustande, wenn beide Diskutanten auch diskutieren wollen - das sehe ich hier nicht)

In einem kurzen Satz zusammengefasst: "Die Bevölkerung ist zu groß und die Probleme sind zu komplex", wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte.

Für die Zukunft kommt es darauf an, das parlamentarische System weiter auszubauen, nicht aber, es abzubauen. Verantwortung muss gestärkt, nicht geschwächt werden.

Über die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion informiert Sie stets umfassend und aktuell unser Online-Angebot www.cducsu.de

Mit freundlichen Grüßen

Christine Krüger
>>> CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Bürgerinformation -
Platz der Republik 1
11011 Berlin
<mailto:christine.krueger@cducsu.de> <<mailto:christine.krueger@cducsu.de>>
<http://www.cducsu.de> <<http://www.cducsu.de/>>
<http://www.ikauder.de/> <<http://www.ikauder.de/>>

Von: Werner Fischer [<mailto:werner.fischer@unabhaengige-kandidaten.de>]
Gesendet: Freitag, 2. März 2007 09:53
An: Krueger, Christine
Betreff: bürgernahe Demokratie

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern teilte mir der Petitionsausschuss im Auftrag der Vorsitzenden Kersten Naumann (LINKE) mit, dass die von mir eingereichte Petition zum Thema "Volksinitiativen und Volksentscheide" nicht (mehr) als öffentliche Petition behandelt werden kann (Begründung: Es liegt bereits eine inhaltsgleiche Petition vor). Ich vermute, es handelt sich um die Petition von Herrn Björn Fay vom 3. 11. 2005. Mein Vorschlag soll in diesem Rahmen lediglich mitberücksichtigt werden. Seltsam finde ich auch, dass die ursprüngliche Einreichung vom 1. 1. 2007 nicht angekommen ist; eine Antwort habe ich erst auf meine Nachfrage vom 14. 2. 2007 erhalten.

Beigefügt erhalten Sie die E-Mail, mit der ich beim Petitionsausschuss des Bundestags die öffentliche Petition für bundesweite Volksinitiativen und Volksentscheide eingereicht habe. Ihre Fraktion hat selbst in dieser Legislaturperiode noch keinen Gesetzentwurf zu diesem Thema in den Bundestag eingebracht. Wäre es nicht ratsam, das zu ändern? Sie könnten meinen Vorschlag als Anstoss und Grundlage für eine solche Initiative sehen.

Hierzu meine Fragen:

1. Wie beurteilen Sie meine Petition und wo sind Sie anderer Auffassung?
2. Sind Sie an einer parteiübergreifenden Initiative zu diesem Thema interessiert, um Volksabstimmungen für Bürger wählbar zu machen?

Für Auskünfte und Fragen stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung. Ich bin auch zu einer weiteren Mitarbeit an diesem Thema interessiert.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Fischer, Sprecher Bundesvorstand
U N A B H Ä N G I G E ...für bürgernahe Demokratie
werner.fischer@unabhaengige-kandidaten.de
www.unabhaengige-kandidaten.de
Tel: 0 83 41 - 96 63 242
Fax: 0 12 12 - 555 097 348